

DEUTSCHLAND**BONN****BADEN-BADEN****Ein gewisses Staunen**

In knapp zwei Stunden hatten sich die beiden Großväter Europas voller Eintracht ihre Sorgen über die Weltpolitik der großen Drei in Washington, Moskau und London von der Seele geredet.

Hernach speisten Konrad Adenauer, 86, und Charles de Gaulle, 71, Tomatencremesuppe, Seezunge, Rinderbraten und tranken dazu roten Wein aus Frankreich und weißen vom deutschen Rhein.

Fast drei Stunden aber benötigten sie alsdann, um über ihre westeuropäischen Haus-Querelen zu disputieren. Doch die Brücke zwischen dem „Europa der Vaterländer“ des französischen Generals und dem integrierten Einheits-Abendland des rheinischen Bürgers wurde nicht geschlagen.

Der westeuropäische Integrationsstreit — nicht die Berliner Mauernot oder Chruschtschows Abrüstungsspektakel — war Ausgangspunkt für das Rendezvous der alten Herren am letzten Donnerstag in „Brenner's Parkvilla“ zu Baden-Baden gewesen, denn Charles de Gaulle hatte am 5. Februar vor Kameras und Mikrofonen des französischen Hör- und Fernsehfunks in gewohnt bildstarker Sprache dem Plan einer europäischen Integration ungewohnt deutlich abgesagt:

„Weil wir jetzt einen eigenen Willen bekunden, eine eigene Macht aufbauen und eine eigene Politik betreiben, stört dieser neue Kurs das System früherer Konventionen, das unserem Land die Rolle einer integrierten, das heißt, einer ausgelöschten Nation zuteilte. Sicher, daraus ergibt sich ein gewisses Staunen und sogar Bitterkeit.“

Ein gewisses Staunen und sogar Bitterkeit teilten sich vor allem dem Bonner Kanzler mit, zumal ihm aus Paris zugetragen worden war, daß sich der General in kleinem Kreise noch heftiger über die Integration Westeuropas mokiert habe.

Hinzu kam schließlich, daß die Franzosen im westeuropäischen Integrationskollegium, dem nach seinem Vorsitzenden benannten Fouchet-Ausschuß, einen neuen Plan für einen europäischen Staatenbund vorgelegt haben, der Großbritannien ausschließt und die Bonner Sehnsüchte nach einer Nato-Atommacht mißachtet.

Oberster Leitsatz dieses neuen Projekts ist de Gaulles altes Glaubensbekenntnis, nach dem die Europäer

allein durch ihre Regierungen, nicht aber durch eine europäische Bürokratie oder gar ein europäisches Parlament politisch handeln könnten.

Irritiert ließ Konrad Adenauer Paris wissen, daß er einen Gedankenaustausch mit dem Herrn Präsidenten in nicht allzu ferner Zeit für zweckmäßig halte, ob wohl Sonntag, der 18. Februar, recht sei? Anfang letzter Woche gab der Elysée-Palast Antwort: Am Donnerstag schon, dem 15., würde es besser passen.

So einig Adenauer in Baden-Baden mit de Gaulle in den Fragen west-östlicher Beziehungen war, so uneins über die west-

europäische Zukunft schieden die beiden voneinander. Vergebens hatte Konrad Adenauer auf Charles de Gaulle eingeredet, den Mythos eines „Europa der Vaterländer“ der nüchternen Installation funktionsfähiger übernationaler Verwaltungsbehörden mit politischer Spitze zu opfern.

Während das Auswärtige Amt in Bonn letzten Freitag verkündete, „die bisherigen Entwürfe für ein Europäisches Statut“ würden im Fouchet-Ausschuß „bei den kommenden Beratungen keine große Rolle mehr spielen“, ließ der Quai d'Orsay in Paris wissen, Europa könne „einzig und allein auf die von den Regierungen



Baden-Badener Gesprächspartner de Gaulle, Adenauer: Manche Bitterkeit

vertretene bestehende politische Macht begründet" werden.

Nichtssagend hieß es im gemeinsamen Kommuniqué über das Treffen in Baden-Baden: „Die beiden Staatsmänner bekräftigten ihren ... Entschluß, die europäische Einigung politisch zu organisieren.“

Ob mehr à la Bonn oder auf de Gaulles Art, das blieb auch nach Baden-Baden im Dunkel.

KOALITION

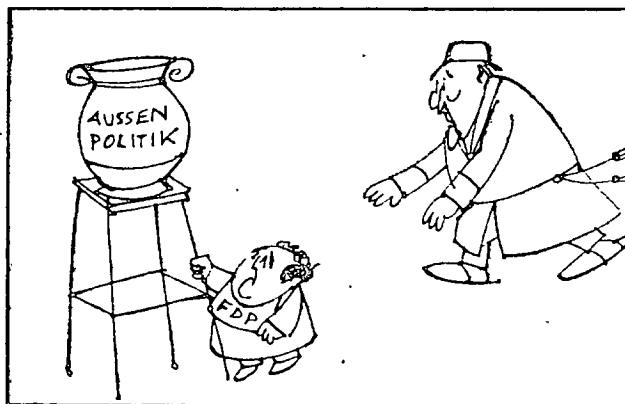
Für Kabarettisten

Die Vorsitzstühle im Bonner Koalitionsausschuß blieben leer. „Die beiden Herren sind nicht da“, konstatierte FDP-Fraktionsvize Dr. Ewald Bucher. Sein Parteichef Erich Mende und der christdemokratische Fraktionsführer Heinrich von Brentano hatten sich entschuldigen lassen.

So sah sich am Mittwochnachmittag letzter Woche, als den ohnehin kränkenden Organismus des Bonner CDU/CSU/FDP-Regierungsgespans erstmals heftige Kreislaufschäden befielen, just jener Nothilfetrupp mattgesetzt, den die Koalitionsmacher des vergangenen Herbstes eigens für solche Schwächeanfälle ihres kurzatmigen Sprößlings auf Dauerwache postiert hatten:

Der Koalitionsausschuß von Christ- und Freidemokraten, dem die Verkleisterung allfälliger Risse im Koalitionsgebälk obliegt, war mangels Masse außerstande, den Zwist zu glätten, der zwischen Brentano und Mende wegen des außenpolitischen Glaubensbekenntnisses ihrer Regierungs-Union ausgebrochen war. Die Kontrahenten kniffen.

Heinrich von Brentano ließ sagen, er müsse dringend zum Arzt. Erich Mende hatte zwecks Fernbleibens „anderweitige Verpflichtungen“ arrangiert. Den eige-



Kinder! Kinder!

Die Zeit

nen FDP-Kameraden verriet er, an der Ausschusssitzung wolle er diesmal, gegen seine Gewohnheit, nicht teilnehmen, weil „erst die Sache mit Brentano bereinigt werden muß“.

Einträchtig verbunden blieben die zwei Koalitions-Vorturner lediglich in der Entschlossenheit, einander nicht mit offenem Visier gegenüberzutreten.

Die kopflose Vermittlerriege im Koalitionsausschuß konnte ob solcher Zurückhaltung nichts anderes tun, als murrend festzustellen, es habe keinen Zweck, über die Sündenböcke in absentia zu Gericht zu sitzen.

FDP-Bucher freilich machte auch koalitionssoffiziell aus dem Groll seiner Partei kein Hehl. Er gab ausdrücklich den Ärger der Freidemokraten darüber zu Protokoll, daß ihr Parteichef vom Fraktionsvorsitzenden der christdemokratischen Regierungspartner öffentlich gerügt worden war.

Als Rüge hatte die FDP empfunden, was Christdemokrat von Brentano am Dienstag letzter Woche gegen seinen

Koalitionsgenossen Erich Mende vorgebracht hatte.

Durch Pressemeldungen verärgert, die FDP-Führung habe auf einer Berliner Tagung Empfehlungen an den CDU/CSU-Koalitionspartnerentworfen, wie von der Bundesregierung fortan eine bessere Deutschland-Politik zu führen sei, wertete Heinrich von Brentano — sechs Jahre lang unter Architekt Adenauer Bauführer der Bonner Politik — vor

seiner klatschenden Fraktion, die CDU/CSU brauche sich keine Belehrungen über Außenpolitik erteilen zu lassen.

„Wir haben zwölf Jahre lang gewußt, welchen Weg wir zu gehen haben“, verteidigte Brentano seine eigene Route. „Ich muß die Äußerungen von Herrn Mende aufs tiefste bedauern. Sie sind eine Belastung der Koalition. So kann man keine Außenpolitik machen.“

Minister a. D. von Brentano, der dem Anlernling Mende schon vor Jahr und Tag „außenpolitische Sandkastenspiele“ angekreidet hatte, sah keinen Anlaß, sich mit Beteuerungen der FDP abzugeben, ihr neuester Berliner Hymnus sei nichts anderes als ein schriftgetreuer Abklatsch des Koalitionsvertrages vom Oktober vorigen Jahres.

Tatsächlich hatten Bundesvorstand und Bundestagsfraktion der FDP am Dienstag letzter Woche in Berlin nur die außenpolitischen Passagen der Koalitionsvereinbarung aufgewärmt, die vorigen Herbst gleich nach der Kanzlerwahl von Konrad Adenauer uninteressiert wieder auf Eis gelegt worden waren.

Neu im Text des Berliner FDP-Skripts waren lediglich zwei Zwischensätze, aus denen freilich die Ohren empfindlicher Christdemokraten sofort einen Vorwurf heraushörten: „Seit dem 13. August 1961 lastet die Mauer der kommunistischen Abschnürung auf Berlin und Deutschland ... Es genügt nicht, die Forderung zu stellen: Die Mauer muß weg.“

Dann ist im Wortlaut der Bonner Koalitionsvertrag zitiert: „Die Bundesregierung muß vielmehr versuchen, die Initiative für die Deutschland-Politik für sich und den Westen zu gewinnen und die Lösung der Deutschland- und Berlin-Frage durch Friedensverhandlungen für ganz Deutschland anstreben.“

Allerdings: „Über das Verfahren zu einem Friedensvertrag mit Deutschland ist eine Einigung zwischen den Westmächten und Sowjetrußland herbeizuführen.“

Und dann, für Christenohren ketzerisch: „Die Friedensverhandlungen selbst müssen Klarheit schaffen über den militärischen und politischen Status des zukünftigen Gesamtdeutschlands und die definitive Bereinigung der materiellen und rechtlichen Fragen bringen, die sich aus dem Zweiten Weltkrieg ergeben haben.“

Welchen Wert Heinrich von Brentano dem Koalitionspapier zumißt, auf dem diese Thesen stehen, hatte er voriges Jahr schon in der Debatte über die Regierungserklärung freimütig bekundet.

Noch frisch ergrimmt darüber, daß er einziges Opfer des Ministerposten-Han-



Simplicissimus

„... glaube ich sagen zu dürfen, die FDP liegt goldrichtig.“